

10 gute Gründe NEIN zu stimmen

zu den Vergleichsvereinbarungen zwischen dem Verein IFE-AIDE und SAS Euronat

1. **Die Erhöhung der Gebühren ist brutal und immens** – betrachtet man den Zeitraum von 10 Jahren (siehe Tabelle im Anhang..... exemplarisch für einen Haustyp)).
2. **Wenn eine zweite "Jahresgebühr für Renovierungen" eingeführt wird, müssten die bisherigen Jahresgebühren sinken**, denn die Renovierungsarbeiten waren bislang schon in dieser "gewöhnlichen" Redevance enthalten.
3. **Die finanzielle Darstellung ist nicht transparent**: wir sollen 58 % der vorgesehenen (Renovierungs)Arbeiten bezahlen und die SAS Euronat 42%. Aber mit welchem Geld finanziert SAS Euronat ihren Anteil? Mit den Einnahmen aus unserer ersten „gewöhnlichen" Jahresgebühr/Redevance?
4. **Warum + 20 %?**-(Wird das einfach so hingenommen und nie hinterfragt?) Es heißt doch immer: Europa steuert wirtschaftlich auf eine Krise und Deflation hin. Wie werden diese 20 % + begründet?
5. **Das vorgelegte Vergleichsprotokoll bedeutet eine wesentliche Veränderung unserer vertraglichen Grundlagen** und öffnet -in zehn Jahren- Tor und Tür für neue Fonds oder zusätzliche Gebühren. Es wird vor Gericht nicht anfechtbar sein und erneut als Referenz- Basis für die Berechnung der zukünftigen Gebühren (nach 2024) dienen.
Und: "Dieses Protokoll gilt als Vertrag im Sinne der Artikel 2044 ff des Code Civile (Frz.Bürgerliches Gesetzbuch)" mit Qualität eines vollstreckbaren Titels. Einspruch ist nicht mehr möglich, wenn Sie unterschreiben! Rechtsmittel sind vertraglich ausgeschlossen. Siehe:
<http://www.cored15.eu/dokus/fr/Art%202044%20code%20civil.pdf>
6. **Die vorgeschlagene zusätzliche Gebühr wertet tatsächlich nur die SAS EURONAT auf.** Die Infrastruktur gehört zu EURONAT. Wir (als Nutzungsrechtsinhaber) sind nicht verpflichtet, im Rahmen der Wartung/Erhaltung, das Einkaufszentrum zu pflastern oder die Sanitäreanlage am Empfang zu erstellen.
Die Gesamtsumme der beabsichtigten Arbeiten für " General Camp (Mehrzweckhalle, Büros, Empfangsgebäude, Geschäftszentrum) " beläuft sich auf 3.674.617,41 € und geht also in die Bilanz der Gesellschaft EURONAT ein, die Eigentümerin ist.
Wie ist es zu rechtfertigen, dass wir als Nutzungsrechtsinhaber „auf Zeit“ Investitionen finanzieren sollen, die in die Bilanz der Gesellschaft EURONAT einfließen? Passender wäre es, diese zusätzliche Gebühr/Redevance als „Spende“ an die Gesellschaft EURONAT zu deklarieren.
Unsere Bungalows werden eher an Wert verlieren, denn der Verkauf ist erschwert, wenn sie 10 Jahre lang – oder vielleicht noch länger- von hohen jährlichen Abgaben belastet sind.

7. **6,8 Millionen € (58 % = ca. 4 Millionen €) werden von Euronat SAS im Laufe von zehn Jahren ohne echte Kontrolle investiert.**

Ein "Beratungskomitee" darf seine Meinung äußern..., aber allein die Gesellschaft Euronat entscheidet. Welche Sicherheit haben die Nutzungsrechtsinhaber, um zu prüfen, ob die EURONAT-Leitung diese Investitionen realisiert?

Es sind keine Sanktionen vorgesehen, nicht einmal nach Ablauf von 5 Jahren!

Die Gesamtheit der in den letzten 15 Jahren getroffenen Entscheidungen wurden einseitig gefällt ohne (-oder nur mit einer scheinbaren-) Abstimmung. Warum sollte sich das auf einmal ändern?

8. **Euronat SAS mangelt es nicht an Geld** und sie verfolgt weiterhin ihre Unternehmenspolitik der Dividendenausschüttung. Euronat SAS konnte in den Jahren 2011, 2012 und 2013 insgesamt Dividenden von 480.000 € ausschütten, das sind 96 % des Kapitals der Gesellschaft (zinsbringend), wie aus dem veröffentlichten Protokoll der Hauptversammlung der Aktionäre vom 30.04. 2014 hervorgeht. Schön für die Aktionäre, aber das ist Geld, das für Investitionen der Gesellschaft nicht mehr zur Verfügung steht. Siehe auch:

http://www.cored15.eu/dokus/briefe/Auswertung_Bilanzen_2004-2013_10-2014_fr.pdf.

Die Leitung Euronats hat 1998 angekündigt, dass ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben-Einnahmen bestünde, wenn alle 1200 Bungalows gebaut sind..... und 2002 dienten ebenfalls große Renovierungsarbeiten als Begründung, die beträchtliche Redevance-Erhöhung zu rechtfertigen (Vergleich 2004). Was ist daraus geworden?

9. **Ein einziger Experte / Vermittler war tätig;** wir hatten keine zusätzliche (Zweit-) Meinung.
10. **Der Vergleich mit den Nachbarzentren ist nicht haltbar!** Diese Zentren haben eine andere Historie und funktionieren anders. In La Jenny können die Eigentümer an den Entscheidungen in Form einer SCI (*Société Civile Immobilière*) teilnehmen.

Die Redevanceangelegenheit muss neu aufgerollt werden. Mit diesem Ziel, erscheinen neue transparentere Verhandlungen mit der Direktion Euronats notwendig.

Ein Rechtsstreit an sich ist kein Ziel. Davon abgesehen: Der Prozess von 2002-2004 hat die immensen Gebührenforderungen von Euronat erheblich reduziert. Er ist also für uns günstig ausgegangen (*Vergleich von 2004*).

Lassen Sie sich mit dem Schreiben des IFE-Präsidenten vom 25.10.14 keine Angst einjagen, nämlich dass bei Ablehnung des Vergleichsprotokolls und einem evtl. Gerichtsverfahren das Ergebnis ungünstiger (*als jetzt*) ausfallen wird. Man spielt mit Ihrer Angst!

Wie kann man allerdings einem Vereinspräsidenten vertrauen, der auf der einen Seite am 28.02.2014 ein Vertragsdokument unterzeichnet, das die IFE (*rechtlich*) verpflichtet und dies den Mitgliedern in der Mitgliederversammlung 2 Monate später verschweigt, und der auf der anderen Seite nicht die Vereinsstatuten respektiert und bis heute keine

Außerordentliche Mitgliederversammlung organisiert hat, obwohl diese offiziell am 27.05. 2014 satzungskonform (von *IFE-AIDE-Mitgliedern*) beantragt wurde?

Für das COLLECTIF

J. ALZIEU, M. GOIGNARD, A.KRIEGER, G.LAGRANGE, B. ROPERS, JP VACANDARE u.a.